

#### HERAUSGEBER

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
Der Vorstand  
Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß (Vorsitzender)  
Prof. Dr. Dieter Dowe  
Prof. Dr. Gregor Schöllgen

#### REDAKTION

Dr. Wolfram Hoppenstedt (Geschäftsführer),  
Dr. Bernd Rother, Dr. Wolfgang Schmidt

*Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung dankt dem Deutschen Historischen Institut in Washington, D.C., für die freundliche Unterstützung bei der Herausgabe dieser Publikation. Der Text der Ansprache von Egon Bahr wurde von Frau Janel Galvanek und Herrn David Lazar ins Englische übersetzt. Die Texte von Johannes Heisig, Henry Kissinger und Christof Mauch hat Frau Birgit Zischke ins Deutsche übertragen.*

© 2003 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
im Rathaus Schöneberg  
John-F.-Kennedy-Platz  
D-10825 Berlin  
Telefon 030/78 77 07-0  
Telefax 030/78 77 07-50  
E-Mail: info@willy-brandt.de  
www.willy-brandt.de

#### GESTALTUNG

Löning Werbeagentur, Berlin

#### REALISATION UND DRUCK

Druckerei Gieselmann, Bergholz-Rehbrücke

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2003  
ISSN 1434-6176  
ISBN 3-933090-09-1

## Remembering Willy Brandt

– Egon Bahr, Henry Kissinger  
und die deutsch-amerikanischen Beziehungen

A 03 - 05070



Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
Heft 10

## ■ I N H A L T

### **Willy Brandt –**

<i>Stationen seines Lebens</i>	6
<i>Stations of his Life</i>	7

### **Gerhard Groß**

<i>Geleitwort des Vorstandsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung</i>	9
<i>Foreword of the President of the Board of Governors of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation</i>	11

### **Christof Mauch**

<i>Willy Brandt zu Ehren</i>	13
<i>Honoring Willy Brandt</i>	18

### **Egon Bahr**

<i>Verständnis für Deutschland</i>	23
<i>Understanding for Germany</i>	30

### **Henry Kissinger**

<i>Die Antwort</i>	37
<i>The Response</i>	43

### **Johannes Heisig**

<i>Der Künstler über sein Werk</i>	49
<i>The Artist about his Work</i>	52

## ■ EGON BAHR

### *Verständnis für Deutschland*



Es trifft sich gut, dass die Veranstaltung zum Gedenken an den 10. Todestag von Willy Brandt verschoben worden ist. Nun finden wir uns in einer Situation zusammen, in der das Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern in einer unbezweifelbaren Krise steckt. Die Erinnerung an Brandt zeigt zweierlei: zum einen, dass es auch früher schon Krisen gegeben hat; zum anderen, dass die heutige mit damals nicht vergleichbar ist.

Damals hatten wir es mit Brandts Überzeugung zu tun, dass die Bundesrepublik langsam erwachsen werden, also mehr Verantwortung zeigen und nach der Analyse der eigenen Interessen auch eine entsprechende Politik machen sollte. Als ich das Konzept im Herbst 1969 Henry Kissinger im Weißen Haus erläuterte, war sein Misstrauen spürbar. Es nahm auch nicht ab durch meine Erklärung, ich sei zur Information und nicht zur Konsultation gekommen. Wir hatten in Bonn sehr genau überlegt und kannten die Grenzen unserer Möglichkeiten. Sie waren nicht nur durch Realitäten der Macht, der Disziplin des Ost-West-Konflikts abgesteckt, sondern durch Verträge, eigene Interessen und eigene Überzeugungen. Nur in fester Einbindung im Westen konnten wir mit Moskau verhandeln über die eigentlich abstruse Idee eines Gewaltverzichts. Dennoch: Washington hätte verhindern können, was später Ostpolitik genannt worden ist. Dein Anteil daran, Henry, ist unvergessen. Dass wir mit der Deckung Amerikas handeln konnten, war unentbehrliche Voraussetzung des Erfolgs. Nicht zuletzt durch diese Erfahrung entstand ein Vertrauen zwischen Washington und Bonn, das sich in einer Intimität der Zusammenarbeit bewährte, die danach kaum wieder erreicht oder gar übertroffen wurde.

Die Spannungen während dieses Prozesses drangen nicht in die Öffentlichkeit. Das ist der eine Unterschied zu heute. Der andere ist ungleich gewichtiger. Die Geschlossenheit des Westens gegenüber dem Osten war damals ein gemeinsamer Standpunkt. Dieser Kitt ist weg, seit es diesen Osten nicht mehr gibt. Das Ende der Sowjetunion und des Warschauer Paktes hat epochale Veränderungen bewirkt, und zwar für die USA wie für mein Land. Wir erleben das zur Zeit.

Amerika ist die erste und einzige Supermacht geworden, Deutschland hat mit seiner Einheit seine volle Souveränität zurückgewonnen, die letzte Verantwortung für sein Tun oder Unterlassen. Amerika hat sich verändert, Deutschland auch.

Amerika hat sich nicht auf den Lorbeeren des gewonnenen Kalten Krieges ausgeruht; Deutschland war politisch und finanziell voll konzentriert auf die Probleme seiner wirtschaftlichen und inneren Einheit.

Amerika hat nur fünf Jahre gebraucht, um seine Interessen in der neuen Situation zu definieren; in Deutschland hat die öffentliche Debatte darüber kaum begonnen, bis heute. Amerika hat nach dem 11. September die globale Allianz gegen den Terror geschaffen; Deutschland hat sich ohne Vorbehalt angeschlossen. Amerika hat definiert, dass der politische Faktor Moskau dafür wichtiger ist als der militärische Faktor NATO; Deutschland hat das erstaunt zur Kenntnis genommen. Amerika hat seine Kriegsentschlossenheit gegen den Irak aus dem 11. September abgeleitet; Deutschland hat das nicht so gesehen, bis heute. Amerika hat analysiert, dass die Türkei geostrategisch wichtiger geworden ist als Deutschland; Deutschland wird diese veränderte Wirklichkeit erst langsam bewusst.

Beide Länder finden es nicht leicht zu verstehen, in welche Schwierigkeiten ihr Verhältnis gekommen ist. Ich möchte hier versuchen, das Verständnis für mein Land etwas zu verbessern.

Nach dem Krieg richteten sich die verbliebenen Energien des zermürbten Volkes darauf, den Hunger zu stillen und auf eine trockene, vielleicht sogar warme Stube. Die Deutschen wurden einem Programm der *Reeducation* unterzogen. Die Umerziehung wurde ein voller Erfolg. Die Tugenden einer zivilen und demokratischen Gesellschaft, das Recht auf die eigene Meinung, die Achtung vor der Meinung des anderen, der Respekt vor der Entscheidung der Mehrheit – diese Wurzeln für ein Deutschland, das nicht mehr zu fürchten sein sollte, wurden damals gelegt.

Wir wollten wirklich keine Waffen mehr haben. Unvergesslich bleibt der Aufruf von Franz Josef Strauß: „Der deutsche Arm soll verdorren, der noch einmal nach einem Gewehr greift.“ Der Mann, der 15 Jahre später Verteidigungsminister werden sollte, meinte es ehrlich. 1949 war das Grundgesetz unter der Patronage der Drei Westmächte genehmigt worden. Die demokratischen Eltern haben die demokratischen Kinder an die Hand genommen. Das Grundgesetz sah keine Streitkräfte vor. Deutsche Unzufriedenheit darüber regte sich nicht.

Erst der Korea-Krieg ließ das Udenkbare denken: Deutschland wieder zu einem Element der Sicherheit in Europa zu machen – machen zu müssen. Als die Deutschen gebraucht wurden, zeigte sich, wie erfolgreich die Umerziehung gewesen ist. Adenauer hatte Schwierigkeiten mit der Remilitarisierung, die nun wirklich nicht von den Deutschen ausging. Also musste das Grundgesetz durch eine Wehrverfassung ergänzt werden. Sie wurde durch ein Zusammenwirken von Koalition und Opposition

geschaffen. Die leidenschaftlichen Debatten konzentrierten sich darauf, einen Konstruktionsfehler der Weimarer Republik zu verhindern. Die Bundeswehr durfte nicht wie die Reichswehr „Staat im Staate“ werden. Sie wurde der politischen zivilen Kontrolle unterstellt. Die innere Führung schuf Rechte für den Bürger in Uniform. Soldaten sollten Missstände bei den Wehrbeauftragten des Parlaments vorbringen können. Das alles hat sich durch die Jahrzehnte bewährt. Amerikanische Befürchtungen von damals sind aber auch eingetroffen: General Gruenther, Anfang der fünfziger Jahre Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa, meinte, die Qualität der neuen deutschen Streitkräfte würde womöglich nicht so hoch sein wie die der Soldaten des Zweiten und Dritten Reiches. Das letzte Bollwerk preußischer Disziplin sei Westpoint und nicht die Bundeswehr, stellte ein Absolvent der amerikanischen Militärakademie mit Recht fest.

Bei der Verfassungsänderung kam eine Formulierung in das Grundgesetz, über die gar nicht debattiert wurde. Sie verbot die deutsche Teilnahme an Vorbereitung oder Führung eines Angriffskrieges. Das entsprach der Gewissheit, dass die NATO nur für Verteidigung aktiv wird. Niemand konnte daran zweifeln. Bei allen Verhandlungen mit Vertretern im Osten wurde darauf hingewiesen, während der Warschauer Pakt sich eben auch eine offensive Option offen ließ. Als das Grundgesetz zur deutschen Verfassung wurde, blieb der Artikel 26 unverändert. Ohne Debatte. Niemand konnte sich vorstellen, dass unser wichtigster Verbündeter einmal für sich das Recht auf einen Krieg ohne Mandat der Vereinten Nationen beanspruchen würde. Das wäre nach international gültigem Recht ein Angriffskrieg. Niemand konnte sich vorstellen, dass von Deutschland dafür mindestens politische Zustimmung erwartet werden könnte. Nach unserer Verfassung wäre das verboten. Der Bundeskanzler, der dazu Ja sagt, würde Verfassungsbruch begehen. Man müsste ihn des Amtes entheben.

Ich kenne kein anderes europäisches Land mit einer vergleichbaren Vorschrift. Sie ist ein Relikt aus einer Zeit, in der man nun wirklich und ganz sicher jede künftige deutsche Bedrohung ausschließen wollte. Hier hat Vergangenheit eine brisante Aktualität gewonnen. Wenn Deutschland auf diesem Sektor wie andere europäische Staaten werden wollte, müsste die Verfassung geändert werden. Die notwendige Zweidrittelmehrheit wird es nicht geben. Aber warum soll Deutschland nicht stolz auf diese Singularität sein? Es kann damit gut leben.

1955 waren die Zweifel verständlich, ob die Deutschen, vor nur 10 Jahren noch der Feind, bereits verlässlich genug umerzogen waren, um zu bewaffneten Verbündeten zu werden. Damals stellte sich Amerika die Aufgabe, die Eindämmung der Sowjetunion mit der Eindämmung der Bundesrepublik zu verbinden, die große Gefahr abzu-

wenden und dabei die kleine Gefahr nicht zu einer akuten werden zu lassen. Brandt drückte das Dilemma einmal so aus: Die Bundeswehr soll stark genug sein, die Sowjetunion zu beeindrucken, aber nicht so stark, dass Luxemburg sich sorgen muss.

Gelöst wurde das Problem durch die vollständige Integration der Bundeswehr in die Kommandostruktur der NATO. Auch eine Singularisierung, die uns nicht weh tat. Die Deutschen wurden diskriminiert, aber es sollte nicht so aussehen. Kein Generalstab, keine selbständige Kriegsführungsfähigkeit. Die Ironie der Geschichte will es, dass erst jetzt, da Amerika weder in Somalia noch in Afghanistan oder am Golf auf die NATO zurückgreifen will, mit dem Aufbau eines Generalstabs begonnen wird, damit die Deutschen sich außerhalb der NATO beteiligen können, z. B. an der Operation „Enduring Freedom“ in Afghanistan, am Horn von Afrika oder in Kuwait.

Aber niemand braucht sich zu sorgen. Die über 40-jährige Tradition ist unangetastet. Wenn schon Militär, dann nicht militaristisch. Die NATO hatte immer eine doppelte Aufgabe: Sicherheit für Deutschland und Sicherheit vor Deutschland. Ihre Kontrollfunktion war das entscheidende und richtige Argument von Präsident Bush gegenüber Präsident Gorbatschow, als es um den Kern für die Einheit ging, die Sicherheitsfrage. Die Sowjetunion würde nach ihrem Rückzug aus Ostdeutschland zu schwach sein, Deutschland zu kontrollieren. Das könnte nur Amerika mit dem Instrument der NATO.

Heute wird offensichtlich, dass der deutschen Friedenswille primäres Eigengewächs ist, das die *Reeducation* nicht gebraucht hätte. Die totale Niederlage hat den Deutschen das Kreuz gebrochen. Mehr als die bedingungslose Kapitulation wirkte das Bewusstsein der moralischen Schuld aus. Man wollte nichts mehr wissen von dem ganzen Kram: Soldaten, Waffen, Krieg und Machtpolitik. Die kollektive Erinnerung an den tiefen Einschnitt ist bis heute spürbar, sie ist ein deutsches Gewächs, das der Trümmer- und Totenlandschaft entsprossen ist. Die Umerziehung war unentbehrlich, um Demokratie und Recht auf Widerspruch zu lernen. Die Kombination aus eigener Friedensliebe und gelerntem Widerspruch erleben wir Anfang des neuen Jahrhunderts. Da beschimpfen uns einige, weil die Deutschen sich so verhalten, wie man uns am Ende des Krieges haben wollte. Während des Wahlkampfes im vergangenen Herbst hat der bayerische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, nicht Bundeskanzler Gerhard Schröder, davon gesprochen, den USA die Überflugrechte zu entziehen, falls sie ohne UN-Mandat den Krieg gegen den Irak beginnen. Und wenn morgen Amerika marschiert, wird die Opposition in Deutschland die Regierung nicht drängen mitzumarschieren. Sie wird nicht einmal kritisieren, dass Deutschland nicht mitmarschiert.

Damit komme ich zurück zu Willy Brandts Mahnung, die Deutschen sollten erwachsen werden. Wenn ein junger Mensch volljährig wird, erhält er vor dem Gesetz die alleinige Verantwortung für das, was er tut oder unterlässt. Er wird dadurch nicht zum Feind seiner Eltern. In der Welt der Staaten heißt Volljährigkeit Souveränität. Deutschland muss sich emanzipieren von Amerika, das uns beschützt und geleitet hat. Deutschland wird deshalb nicht zum Gegner Amerikas. Die Bande, die sich in den zurückliegenden 50 Jahren entwickelt haben, bleiben stark genug: Jene unvergleichliche Mischung von wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und persönlichen Verbindungen kann nicht einmal ernsthaft gefährdet werden, wenn Amerika seinen Krieg gegen den Irak ohne die Deutschen macht. Das wird sich erweisen, wenn der Staub sich senkt.

Amerika wird seinen Interessen folgen, und Deutschland ist erwachsen genug, es auch zu tun im Rahmen seiner ganz unvergleichbaren Möglichkeiten. Von Amerika erwartet man nichts anderes. Für Deutschland ist das neu, sogar für die meisten meiner Landsleute beunruhigend, für alle unsere Nachbarn ist das ungewohnt, sogar für Amerika. Aber das ist nur normal. Die Singularität, in der Deutschland seine Eier schalen los wurde, ist zu Ende. Wir sind nun wie jedes andere Land geworden. Das ist der natürliche Lauf der Geschichte, und Geschichte soll man nicht übel nehmen.

Deutschland stellt nun mit Erstaunen fest, was aus der ungeteilten Solidarität für Amerika nach dem 11. September geworden ist: krisenhafte Entwicklungen bei den Vereinten Nationen, Schwächung der NATO, Spaltung Europas und deutliche Reservationen in Moskau und Peking. Das hätten wir nie geschafft. Das hat in Berlin auch niemand für möglich gehalten. In Washington wohl auch nicht. Die Realität des heutigen Tages hat Amerika geschaffen. Das gilt politisch, diplomatisch genauso wie militärisch.

Eine Erklärung hat der amerikanische Außenpolitikberater Robert Kagan gegeben, der kürzlich überzeugend und zutreffend die zunehmenden Differenzen zwischen Amerika und Europa auf die zunehmenden Unterschiede von Macht und Ohnmacht zurückgeführt hat. Die wachsende amerikanische Stärke und ein Europa, das militärisch Amerika nicht ähnlicher werden kann und auch gar nicht will, das wird uns alle noch lange beschäftigen. Diese Unterschiede werden noch wachsen; potenziell gilt das auch für die Differenzen, die sich aus dem Machtgefälle ergeben.

Wahrscheinlich sind wir Zeugen, welche globalen Auswirkungen das epochale Ende des Ost-West-Konfliktes hat. Ein Amerika, das entschlossen und sendungsbewusst seinen Weg geht, unwillig ist, sich den Regeln einer neuen Weltordnung unterzuordnen, und mächtig genug, sie imperial dominieren zu wollen. Und ein Europa,

das den Schutz vor Moskau nicht mehr braucht mit einem Deutschland, das die Möglichkeiten seiner Souveränität auslotet.

Bundeskanzler Schröder hat, wenig beachtet, in seiner ersten Regierungserklärung 1998 von der multipolaren Welt gesprochen. In der Tat gibt es die bipolare nicht mehr. Der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat für ein gutes Stück deutscher Nachkriegsgeschichte die Formulierung von „der Machtversessenheit des Reiches und der Machtvergessenheit der alten Bundesrepublik“ gefunden. Altbundespräsident Roman Herzog hat festgestellt: „Die Zeit des Trittbrett-Fahrens ist vorbei!“ Daraus ergibt sich nun für die Deutschen als Chance wie gleichermaßen als Pflicht die Aufgabe, ein normales Land zu werden, im Gleichgewicht mit sich selbst. Was Deutschland kann, hat es bewiesen, als es den Krieg gegen Jugoslawien beenden half. Sein Fünf-Punkte-Plan holte die Russen wieder ins Boot, gewann die Akzeptanz Chinas, ein Mandat der Vereinten Nationen dafür und sogar die Zustimmung Amerikas für notwendige Verhandlungen mit Herrn Milosevic. Wenn Deutschland also genügend Partner findet, kann es eine gute Idee zum Durchbruch bringen. Vielleicht kann es sogar Europa helfen, seine oft beschlossene Eigenständigkeit zu erreichen. Das war theoretisch und praktisch unmöglich, solange sich Deutschland in jedem Fall eines transatlantischen Konfliktes an die Seite Washingtons stellte, gar nicht anders denkbar während des Ost-West-Konfliktes.

Nun ist es zum ersten Mal in der Frage, ob eine Entwaffnung des Irak auch ohne Krieg möglich wäre, an die Seite von Paris getreten. Niemand sollte sich wundern, wenn sich das wiederholt. Unter dem Schock der Einsicht in seine Schwäche beim Jugoslawien-Krieg hat Europa sich aufgerafft, eine 60 000 Mann starke Eingreiftruppe aufzustellen. Sie wird fähig sein, Amerika auf dem Balkan zu entlasten. Der politisch-militärische Irak-Schock ist nicht geringer. Er kann helfen, damit Europa sich auf seine Fähigkeiten in und für Europa konzentriert, während Amerika seiner globalen Mission folgt. Hier wird eine Linie sichtbar, die europäische Identität in Partnerschaft zu Amerika zu verwirklichen.

Willy Brandt hat den Vietnam-Krieg kritisch verfolgt. Meine Frage, warum er Amerika nicht öffentlich kritisiert hat, was populär gewesen wäre, beantwortete er mit dem mir unvergesslichen Satz: „Einen Freund, der in Not ist, schont man.“

Amerika wird nicht erspart bleiben, nach dem Krieg seine globale Rolle zu definieren: Führen oder dominieren. Doch unabhängig davon, für welchen Weg sich Amerika entscheidet, würde Brandt die Haltung vertreten: Immer, wenn es um die Verteidigung von Freiheit und Demokratie geht, wird Deutschland genau so fest an der Seite Amerikas stehen wie Frankreich oder England oder die meisten Staaten in Europa, die

ihre Chance zu Demokratie und Freiheit erhalten oder gewonnen haben. Darauf kann Amerika sich verlassen.

Zuletzt, wenn nun die Würfel gefallen sind, können wir alle nur hoffen und wünschen, dass der Krieg kurz wird und die Opfer gering bleiben.

*Understanding for Germany*

It is fortunate that this commemoration of Willy Brandt on the occasion of the tenth anniversary of his death had to be postponed. Without a doubt, there is a crisis in the relations between our two countries. Recalling Brandt shows two things. First, that there were crises before, too, and secondly, that today's crisis cannot be compared to that time.

Back then, the issue was Brandt's conviction that the Federal Republic was slowly growing up and should therefore display more responsibility and pursue policies in accordance with its analysis of its own interests. As I explained the idea to Henry Kissinger in October 1969 in the White House, his suspicion was evident, and it did not diminish as I explained that I had come to inform, not consult. We had thought very carefully in Bonn and knew the limits of our possibilities. We were constrained not only by the realities of power, by the East-West conflict, but also by treaties, our own interests, and our own convictions. Only firmly anchored in the West could we negotiate with Moscow about the rather abstruse idea of "Gewaltverzicht" (non-aggression). Still, Washington could have blocked what came to be called Ostpolitik. Your part, Henry, has not been forgotten. Being able to negotiate with American backing was an indispensable prerequisite for success. Not least as a result of this experience, a trust developed between Washington and Bonn that proved itself in an intimate cooperation that was rarely matched or surpassed later.

The tensions that arose during this process were not carried over into the public realm. That is one difference from today. Another is much more important. The Western position vis-à-vis the East was a common position. This bond is gone, since the East is gone. The end of the Soviet Union has brought historic changes, for the U.S. as well as for my country. We are experiencing this now.

America has become the one and only superpower. With unity, Germany regained its full sovereignty, the ultimate responsibility for what it does or does not do. America has changed. Germany too.

America has not rested on its laurels since winning the Cold War. Germany has been fully focused, politically and economically, on the problems of its economic and internal unity.

America needed only five years to define its interests in the new situation; in Germany, the debate has scarcely begun.

After September 11, America created the global alliance against terror; Germany joined without reservation. America determined that Russia was more important as a political factor for this effort than NATO was as a military factor. Astonished, Germany took note of this. America's determination on war against Iraq stems from September 11; Germany did not see things this way and still does not. In America's analysis, Turkey is geo-strategically more important than Germany. Germany is only slowly coming to terms with this new reality.

*Both countries are not finding it easy to understand the difficulties in their relations. I would like to try to make my country's position a little clearer.*

After the war, the exhausted German people directed what energy they had left to finding something to eat and dry, maybe even warm, places to live. The Germans were subjected to a program of reeducation. The process was a complete success. The virtues of a democratic civil society – freedom of opinion, respect for the opinions of others, respect for the desires of the majority – these foundations for a Germany that need never be feared again were laid at that time.

We truly wanted to disarm. Franz Josef Strauß's declaration is unforgettable: "Let wither the German arm that reaches for a weapon." The man who was to become defense minister fifteen years later meant that honestly. The Basic Law was approved in 1949 under the patronage of the three Western powers. The democratic parents took the democratic child by the hand. The Basic Law did not provide for armed forces. That caused no dissatisfaction among the Germans.

With the Korean War, the unthinkable became thinkable: Germany could be – had to be – made an element in Europe's security. When the Germans were needed, it became evident how successful reeducation was. Adenauer had difficulties in rearing that did not actually stem from the Germans themselves. The Basic Law had to be amended. An article on defense was written in collaboration between the government and opposition. The passionate debate focused on preventing one of the Weimar Republic's constitutional mistakes. The Bundeswehr must not be a state within the state as the Reichswehr had been. It would be subordinated to the political control of civilians. "Inner leadership" (Innere Führung) created rights for the "citizen in uniform." Soldiers would be able to bring problems to the attention of the Bundestag through the Commissioner for the Armed Forces. All of this has proven a success over the decades. There were also American fears at that time. General Gruenther, in the early nineteen-fifties supreme commander of the Allied Forces in Europe,

thought the new German armed forces should not be as good, if possible, as the forces of the Empire and Third Reich. The last bastion of Prussian discipline is West Point, not the Bundeswehr, one graduate of the American military academy has correctly concluded.

In amending the Basic Law, one formulation was incorporated without debate. It prohibits German participation in the preparation or conduct of a war of aggression. That was in line with the certainty that NATO would take action only for defense. Nobody could doubt that. This point was noted in all negotiations with representatives of the East, whereas the Warsaw Pact left open an offensive option. When the Basic Law became the constitution of united Germany, Article 26 remained unchanged. Without debate. No one could have imagined that our most important ally would someday claim the right to launch a war without a mandate from the United Nations. Doing so would be a war of aggression under international law. No one could have imagined that at least political support for such a war would be expected of Germany. That is prohibited by our constitution. A chancellor who came out in support of such a war would be in violation of the constitution. He would be have to be removed from office.

I know of no other European country with a comparable constitutional provision. It is a relic of a time when people truly wanted to rule out any future threat from Germany. In this point, the past is explosively topical. If Germany wanted to become like other European countries in this area, its constitution would have to be amended. The necessary two-third majority for doing so does not exist. But why should Germany not be proud of this singularity? It can live happily with it.

It is understandable that in 1955 there were doubts whether the Germans, enemies only a decade earlier, had been well enough reeducated that they could become armed allies. America faced the task at the time of linking containment of the Soviet Union with containment of the Federal Republic: averting the big danger while not letting the little danger become acute. Brandt once summed up the dilemma: the Bundeswehr had to be strong enough to impress the Soviet Union, but not so strong that Luxembourg would have to worry.

This problem was solved by the complete integration of the Bundeswehr within the NATO command structure. Being singled out in this way, too, did not cause us pain. The Germans were discriminated against, but that should not appear to be the case. No general staff, no capacity for independently conducting a war. It is an irony of history that now one has begun to build up a general staff so that Germany can participate in operations outside of NATO – for example in “Enduring Freedom” in Afgha-

nistan, in the Horn of Africa, or in Kuwait.

But there is no need for worry. The tradition of more than forty years is intact. Germany has a military, but is not militaristic. NATO always had a dual task: security for Germany and security from Germany. Its control function was the decisive and right argument for President Bush to use with President Gorbachev on the central question of German unity, the question of security. After withdrawing from eastern Germany, the Soviet Union would be too weak to control Germany. Only America, by means of NATO, could do that.

It is clear today that the German desire for peace is an indigenous development for which the Allied program of reeducation was not necessary. Total defeat broke the back of the Germans. Consciousness of moral guilt had more of an effect than unconditional surrender. We wanted nothing more to do with the whole business – soldiers and weapons, war and power politics. Collective memory of the deep rupture in German history is evident today; it has its roots in the landscape of death and destruction. The self-imposed process of reeducation was indispensable to learn democracy and the right of dissent. This combination of our instinctive desire for peace and the right to dissent we have learned is what we are now experiencing at the start of the new century. Some are complaining about us because the Germans are acting the way people wanted us to act at the end of the war. During the 2002 Bundestag campaign, it was the Bavarian Minister President Edmund Stoiber, not Chancellor Gerhard Schröder, who spoke about denying German airspace to the U.S. in the event that the U.S. started a war against Iraq without a mandate from the UN. And if America goes to war tomorrow, the parliamentary opposition in Germany will not press the government to join in. It will not protest that Germany is not participating.

This brings me back to Willy Brandt's exhortation that the Germans grow up. When young people come of age, they take on legal responsibility for what they do or don't do. That does not turn them into the enemies of their parents. Among states, coming of age means assuming sovereignty. Germany must emancipate itself from America – from the America that protected and led us. That will not make Germany an opponent to America. The ties that have developed over the past fifty years will remain strong. The unique combination of economic, political, cultural, and personal links will not be seriously jeopardized if America goes to war against Iraq without the Germans. That will be clear when the dust settles.

America will pursue its interests, and Germany is grown up enough to do the same within the framework of its own more limited possibilities. That is expected of America, but it is something new for Germany. It is disquieting for some of my fellow

Germans. All our neighbors, and indeed the U.S., are unaccustomed to this. But it is only normal. The singularity of Germany's immaturity is at an end. We have become like every other country. That is the natural course of history, and we should not take offense at history. Germany is astonished with what has come of the post-September 11 solidarity with America. A crisis within the UN. The weakening of NATO. A split within Europe and clear reservations in Moscow and Beijing. We could never have achieved all this. No one in Berlin considered this possible. Nor, probably, in Washington. America created the present situation – the political situation, the diplomatic situation as well as the military situation.

Recently the foreign policy advisor Robert Kagan has persuasively explained the increasing disagreements between America and Europe by the increasing differences between power and powerlessness. Increasing American strength and a Europe that neither can nor desires to become more like America militarily: we will all be dealing with this situation for a long time to come. These differences will continue to grow; that holds potentially, too, for the disagreements arising from the disparity in power.

We are probably witness to the global effects of the East-West conflict. An America that determinedly goes its own way with a sense of mission, that is unwilling to submit to the rules of a new world order, and that is powerful enough to dominate the new order imperialistically. And a Europe that no longer needs protection from Moscow, a Europe with a Germany that is testing the possibilities of its sovereignty.

In his first policy statement before the Bundestag in 1998, Chancellor Schröder spoke of a multipolar world. The bipolar world truly no longer exists. Former President Richard von Weizsäcker summed up much of post-war German history very well with the contrast between the Third Reich's fixation on power (*Machtversessenheit*) and the Federal Republic's obliviousness to it (*Machtvergessenheit*). Former President Roman Herzog declared "No more jumping on the bandwagon" („Die Zeit des Trittbrett-Fahrens ist vorbei.“). The Germans now have the chance as well as the duty to become a normal country at peace with itself. Germany demonstrated what it can do when it helped end the war against Yugoslavia. Its "Five Point Plan" brought the Russians back on board and won China's approval; there was a UN mandate for and even American agreement to negotiations with Milosevic. When Germany can find enough partners, its good ideas can have success. Perhaps it can even help Europe achieve the independence that has been so often discussed and declared. That was not possible in theory or practice while Germany sided with Washington in every transatlantic conflict; however, doing anything else was unimaginable during the East-West conflict.

On the question of whether disarming Iraq without war would be possible, Germany took France's side for the first time. Nobody should be surprised if that happens again. Shocked by its weakness, Europe rallied after the war in Yugoslavia and is organizing a 60,000-man rapid response force. It will be capable of taking the burden off America in the Balkans. The military and political shock of Iraq has been just as great. It can help Europe focus its capabilities on and for Europe while America pursues its global mission. Here is a possibility for realizing a European identity in partnership with America.

Willy Brandt observed the Vietnam War critically. When I asked him why he did not publicly come out against the war, which would have been a popular move, he gave an unforgettable reply: "You spare a friend in need" („Einen Freund, der in Not ist, schont man.“). America will have to define its global role after the war: leadership or domination. Were Brandt alive today, his position would be clear no matter what America decides: when it is a question of defending freedom and democracy, Germany will stand at the side of America just as firmly as France, or England, or most any other European state that preserved or won its chance for freedom and democracy. America can count on this.

Now that the die is cast, let us all hope that the war will be short and the number of victims limited.



## ■ HENRY KISSINGER

### *Die Antwort*

Lieber Egon, Herr Botschafter, zunächst möchte ich Ihnen sagen, welche Freude es mir bereitet, zum zweiten Mal hintereinander an Egons Geburtstagsfeier teilzunehmen, und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass wir dies weiterhin viele Jahre wiederholen können. Als ich diese Einladung annahm, war beabsichtigt, in erster Linie über die Beziehung zu Willy Brandt zu reden, und dies will ich daher tun. Doch ich werde mir erlauben, mit einigen unvorbereiteten Bemerkungen zu kommentieren, was mein Freund Egon gesagt hat.

Egon begann seine Ausführungen mit einem Lob auf die amerikanische Politik der Umerziehung in Deutschland. Dies misst den Amerikanern zu viel Bedeutung bei. Ich war in der Besatzungsarmee, und ich habe mein ganzes Leben lang eine emotionale und praktische Bindung an Deutschland gehabt, hauptsächlich von der Besatzungszeit an. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges gab es in Deutschland zwei bemerkenswerte Dinge: Erstens den Mut, inmitten der Trümmer von Städten, deren materielle Beseitigung allein Generationen dauern konnte, wieder neu anzufangen. Zweitens aber auch das Auftauchen von so vielen führenden Persönlichkeiten, die während der Diktatur ihre Werte bewahrt hatten, die für ihre Werte gekämpft hatten, und die zur Stelle waren, als der Krieg endete: Konrad Adenauer, Kurt Schumacher und Fritz Erler zum Beispiel. Nun, ich kann nicht behaupten, dass Adenauer mein Freund war; vielmehr schüchterte er mich ein. Diese Männer wurden jedoch nicht von Amerika umerzogen. Es ist wichtig für Amerika, sich daran zu erinnern, dass die Umerziehung eines Volkes nicht so einfach durchzuführen ist, es sei denn, ein Kern der Führungsspitze ist zum Unterstützen und Ermuntern vorhanden, wie die deutschen Politiker, die das Nachkriegsdeutschland mit Mut und Ausdauer aufbauten. Sie hatten eine sehr schwierige Zeit und ein sehr tragisches Kapitel der deutschen Geschichte genau deshalb überlebt, weil sie grundlegende Werte besaßen, an denen sie festhielten. Wäre es anders, könnte man auch das Phänomen Brandt nicht erklären.

Willy Brandt wurde zunächst zum Symbol einer belagerten Stadt, so bin ich ihm das erste Mal begegnet. Wie alle deutschen Politiker damals stand er vor einem eigenartig deutschen Dilemma der Nachkriegszeit. Deutschland war die meiste Zeit seiner Geschichte entweder zu schwach oder zu stark für den Frieden in Europa gewe-

sen. Als Deutschland in der Mitte des Kontinents schwach war, verleitete es zum Einschreiten; als Deutschland in seinem Bestreben stark war, sich selbst gegen mehr Nachbarn als irgendeine andere Nation in Europa zu verteidigen, wurde es zu stark für jeden einzelnen Nachbarn und verleitete aus diesem Grunde zur Koalitionsbildung. Deutschland traf nach Ende des Zweiten Weltkrieges die wesentliche Entscheidung, sich auf eine verantwortungsvolle Weise, die nie wieder in Frage gestellt werden konnte, am Westen zu orientieren. Dies spaltete das Land unvermeidlich und rief einen Konflikt mit den nationalen Zielen Deutschlands hervor. Obwohl man argumentieren konnte, wie wir im Westen es alle taten, dass die Interessen des Westens identisch mit deutschen Interessen waren und dass die deutsche Einigung für den Rest der Welt so bedeutend wie für Deutschland selbst war, konnte das einfach nicht der Wahrheit entsprochen haben. Es musste Deutschland mehr bedeuten haben, dessen Mitbürger auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs lebten, als es irgend möglich den westlichen Ländern bedeuten haben konnte. Es war eine enorme Leistung der Adenauer-Generation, dass sie bereit war, das Bestreben nach Einigung aufzuschieben und diese der Geschlossenheit des Westens unterzuordnen. Es war eine außerordentliche Heldentat Brandts, dass er es wagte, die Frage der deutschen nationalen Interessen anzusprechen, und dass er versuchte, und es auch schaffte, sie mit den gemeinsamen Interessen des Westens in Einklang zu bringen.

Die Ironie der Geschichte will es, dass dies während der Amtszeit einer Regierung in Washington geschah, deren Wohlwollen für die Sozialdemokraten sich in Grenzen hielt. Man könnte auch sagen, dass der damals amtierende Präsident und Brandt nicht dazu auserkoren schienen, enge Freunde zu werden. Eine meiner Erinnerungen an die vielen Treffen unserer beiden Chefs waren in der Tat die langen Pausen in den Gesprächen, die nicht in den Sitzungsprotokollen festgehalten wurden. Egon aber lieferte eine treffende Beschreibung der Ansicht Brandts über die Nixon-Regierung. Er besuchte uns im Weißen Haus und erklärte die politische Linie seiner Regierung. Unsere Vorbehalte beruhten nicht auf ideologischen Ansichten, sondern auf unserem Bewusstsein der historischen Möglichkeit, dass ein Deutschland, das seine nationalen Interessen zu betonen begann, wie es das in der Vergangenheit getan hatte, nicht zwingend die Grenzen dieser Interessen zu erkennen vermochte. Wir meinten zunächst, es spiele keine Rolle, wie gut gemeint die politische Linie sein mochte, sie beinhaltete die Gefahr einer Wiederauferstehung des deutschen Nationalismus und eines Versuchs, die verschiedenen Optionen in der Welt abzuwägen und dabei die Allianz zu schwächen. Als wir jedoch darüber näher darüber nachdachten, kamen wir zu dem Schluss, dass es die Allianz untergraben würde, Deutschland in der Allianz zu

behalten, aber auf seiner Teilung zu beharren und die Verwirklichung seiner eigenen Identität zu verhindern.

Trotz all der Vorbehalte, die zweifellos auftauchen werden, steht daher fest, dass wir alles auf den Erfolg dieser Sache setzten. Das Berlin Abkommen würde ansonsten in der Zeit nicht möglich gewesen sein. Folglich würde die Ostpolitik eine andere Richtung eingeschlagen haben. Wenn man bedenkt, dass Viermächte-Verhandlungen bei drei gleichzeitig ablaufenden Gesprächsrunden hinter den Kulissen stattfanden, kann man die gelegentliche Hysterie der verschiedenen Teilnehmer verstehen. Wie dem auch sein mag, Brandt verdient Anerkennung für die Vision, ungeachtet unseres Beitrages in Amerika. Er verdient ebenfalls Lob für eine andere, wenig greifbare Sache: Wenn Professoren über Außenpolitik schreiben, tendieren sie dazu, auf einer abstrakten Ebene die Argumente und Gegenargumente aufzuführen oder viel Wert auf die persönlichen Beziehungen der Politiker untereinander zu legen. Brandts bedeutende Eigenschaft zeigte sich in einer Verbindung aus einer vorausschauenden Vision und der Fähigkeit, diese in praktisches, von menschlichen Werten bestimmtes Handeln umzusetzen. Keine feierlichen Kundgebungen hätten den Rest der Welt so sehr beruhigen können wie Verhaltensweisen, etwa Brandts Besuch des Mahnmals des Warschauer Gettos, und die von Brandt verkörperte Hingabe zu solchen menschlichen Werten, die eben nicht mit einer nationalen deutschen Politik verknüpft worden waren. Diese Fähigkeit trug dazu bei, dass es zu grundlegenden Themen wohl niemals eine bessere Phase in der Beziehung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gegeben hat, obwohl die Spitzen beider Länder ideologisch unterschiedliche Anschauungen und ganz verschiedene Persönlichkeiten hatten.

Ich erwähne dies, obwohl ich es nicht beabsichtigt hatte, weil wir uns am heutigen Tag vor Amerikas Eintreten in den Krieg treffen. Es gibt eine Kluft zwischen Amerika und Deutschland, die weder Egon noch ich jemals für möglich geglaubt hätten; ich jedenfalls hätte sie ganz sicher unter keinen Umständen jemals für möglich erachtet. Dies ist nicht der Tag, darüber zu diskutieren, wer mit welchem Argument Recht hat. In Europa wird ein amerikanischer Aspekt nicht hinreichend verstanden, da man dort das Problem mit der Sicht auf ein Land, dem Irak, statt im Sinne einer überall anzutreffenden Herausforderung wie dem Terrorismus untersucht. Das Problem besteht für aufmerksame Amerikaner aus einer ungewohnten Konstellation von privaten Gruppen, die aus Gebieten von souveränen Staaten eingebunden in einer Umgebung arbeiten, aus der Terroristen rekrutiert, finanziert und unterstützt werden. Für solche Amerikaner ist dies kein nationales Problem, und es kann nicht mit traditionellen Begriffen von Souveränität untersucht werden. Ich glaube, dass Amerika im Hinblick auf

ein Handeln (*Preemption*), das einer lebensbedrohlichen Gefahr zuvor kommt, den entscheidenden Punkt getroffen hat, da man in dieser Welt von Proliferation und Terror nicht auf das Eintreten des Ernstfalls warten kann. Amerika hat noch nicht ausreichend untersucht, dass keine Nation dieses Recht gänzlich für sich beanspruchen kann und dass daher allgemein gültige Konzepte für diese neue Ausgangslage entwickelt werden müssen. Europa, oder diejenigen, die uns in Europa kritisieren, haben jedoch nicht die Bereitschaft gezeigt, diesen Bedarf nach Annahme eines neuen Konzeptes von *Preemption* zu gewähren, und sie spüren auch nicht die Dringlichkeit der Lage, die man in diesem Land so kurz nach einem Angriff auf amerikanische Städte fühlen muss, bei dem keines der Opfer die geringste Ahnung hatte, dass wir überhaupt Feinde besaßen, die zur Ausführung eines solchen Angriffs in der Lage waren.

Ich möchte nicht in ein Streitgespräch geraten, doch was dieser gegenwärtigen Situation fehlt, ist ein gewisses Mitgefühl, wie wir es in dem von Egon vorgelesenen Zitat über den Vietnamkrieg vorfinden. Dies ist nicht nur ein Verfassungsproblem. Es ist nicht einfach eine Frage der Rechtsgrundlage, denn die Vereinten Nationen wurden auf Begriffen von Souveränität gegründet, die von dieser neuen Situation herausgefordert werden. Wir brauchen jetzt nicht das Thema zu erörtern, ob die Antworten der Vereinigten Staaten immer richtig sind. Wie Sie wissen, unterstütze ich grundsätzlich die Regierung. Das ist jedoch nicht die Absicht meiner Bemerkungen hier. Die Absicht meiner Bemerkungen ist, nach einer Möglichkeit zu suchen, um das geistige Klima wiederherzustellen, innerhalb derer der bedeutende Wiederaufbau Europas und der Nachkriegswelt ausgeführt wurde.

Als junger Professor wandte ich mich an Präsident Truman und fragte ihn, was er in seinem Leben getan habe, worauf er am meisten stolz sei, und er antwortete: „Am meisten bin ich stolz auf die Tatsache, dass wir unsere Feinde total besiegten und sie danach als gleichwertige Partner zurück in die Staatengemeinschaft brachten.“ Gerne stelle ich mir vor, dass er dann hinzufügte, „Nur Amerikaner würden das getan haben“. Es war eine ehrenwerte Gesinnung, ob der letzte Satz nun stimmt oder nicht. Jetzt also begegnen wir uns als gleichwertige Partner und gehen unseren Interessen nach, doch das Wesen der Allianz muss aus einer Verpflichtung zur Verständigung und Zusammenarbeit bestehen, die über die reine Bewahrung von Interessen hinausgeht. Wenn alles auf der Basis von reinen Interessen kalkuliert werden könnten, wären Allianzen technisch nicht notwendig.

Wir alle sollten nun unsere große Aufmerksamkeit darauf lenken, was diese uns verbindende Verpflichtung ausmacht. Dabei müssen wir zwei großen Versuchungen widerstehen: Die erste ist, sich in eine Welle von gegenseitigen Beschuldigungen zu

begeben, die zweite ist, so zu tun, als ob es sich um einen Verkehrsunfall handele und man zum Tagesgeschäft zurückkehren könne. Die Welt hat sich verändert. Wir müssen definieren, worin der Sinn dieser Veränderungen besteht. Für den Westen wäre es eine Tragödie, wenn der Sinngehalt in dieser Zeit keine neue Bedeutung finden könnte. Dies kann nicht allein mit finanziellen Beiträgen getan werden. Es erfordert, die moralische Hingabe aufrechtzuerhalten, die diese Beziehung überhaupt erst hervorbrachte. Ich habe bis jetzt jeden deutschen Kanzler seit Adenauer gekannt, und für meine Generation hat die Beziehung zu Europa und in Fällen der besonderen Erfahrungen die Beziehung zu Deutschland Symbolcharakter für die Bedeutung von Demokratie und Freiheit in unserer Welt. Ich war sehr gerührt darüber, was Egon am Ende seiner Bemerkungen sagte, und ich hoffe, dass die Diskussionen von nun an über legalistische Standpunkte hinausreichen werden in dem Versuch, den Geist wiederzubeleben, der aus verheerenden moralischen und materiellen Trümmern eine westliche Gemeinschaft schuf und zu der Willy Brandt so viel wie keine andere Einzelperson beigetragen hat. Vielen Dank.

## ■ HENRY KISSINGER

### *The Response*



Dear Egon, Mr. Ambassador, let me begin by telling you what a pleasure it is to be at the second birthday celebration in a row for Egon and express the hope that we can repeat this for many years to come. When I accepted this invitation, the intention was to speak primarily about the relationship with Willy Brandt, and I will therefore do this. But I will allow myself to make some extemporaneous remarks commenting on what my friend Egon has said.

Egon began by paying tribute to the reeducation of Germany. This is giving the Americans too much credit. I was in the army of occupation, and I have been emotionally and practically connected with Germany all of my life, but primarily from the time of occupation onward. There were two remarkable things about Germany after the end of the Second World War: First, the courage to start again amidst the rubble of cities that one thought might take generations just to remove physically. But secondly, also, the emergence of so many leading personalities, who during the period of the dictatorship preserved their values, fought for their values, and who were available when the war ended. For example, Adenauer and Schumacher and Fritz Erler, friends of mine. Well, I cannot claim that Adenauer was a friend of mine; he intimidated me. But these men were not reeducated by America. I think it is important for America to remember that it is not so easy to reeducate a people unless a core leadership is present to help and to inspire, as the German leaders who built postwar Germany did with courage and tenacity. They had survived a very difficult period and a very tragic period in German history, precisely because they had profound values which they maintained. Otherwise, one could not explain the phenomenon of Brandt.

He first became a symbol of a beleaguered city – that is how I first encountered him. And, as all the German leaders of that period, he faced a peculiarly German dilemma of the postwar period. For much of its history, Germany had either been too weak or too strong for the peace of Europe. When Germany, at the center of the continent, was weak, it invited intervention; when Germany was strong in its effort to defend itself against more neighbors than any other nation in Europe, it became too strong for any one neighbor and therefore invited coalitions. The major decision that Germany made at the end of World War II was to relate itself to the West in a committed manner that could never be questioned again. Inevitably, it divided Germany

and created a conflict with the national aims of Germany. Even though one could argue, as all of us in the West did, that the interests of the West were identical with German interests and that German unification was as important to the rest of the world as it was to Germany, that simply could not have been true. It had to have meant more to Germany, whose compatriots lived on the other side of the dividing line, than it could possibly have meant to western countries. It was an enormous achievement of the Adenauer generation that it was willing to delay the quest for unification and was subordinated to the unity of the West. It was a tremendous achievement of Brandt that he dared to raise the question of German national interests and attempted to relate them and indeed succeeded in relating them to the common interests of the West.

It is one of the ironies of history that this occurred when there was an administration in office in Washington whose sympathy for the Social Democrats was limited. And one could also say that the president in office at the time and Brandt were not destined to become personal buddies. In fact, one of my recollections of the many meetings between our two chiefs was the long pauses in the conversations, which were not recorded in the minutes. But Egon gave an accurate description of the Brandt view of the Nixon administration. Egon came to call on us at the White House and explained the policy. We had our reservations not on ideological grounds, but because we were conscious of the historic possibility that a Germany that began to emphasize its national interests might, as it had in the past, not inevitably recognize the limits of these interests. The policy, however well intentioned, contained the danger of a resurgence of German nationalism and of an attempt to balance the various options in the world and thereby weaken the alliance. But as we reflected on it, we came to the conclusion that to keep Germany in the alliance by insisting on its division and by prohibiting it from pursuing its own identity would undermine the alliance.

Therefore, with all the reservations, which undoubtedly will emerge – as everything in those days seemed to be recorded – it's a fact that we committed ourselves to doing what we could to make it succeed. The Berlin Agreement would certainly not have been possible in the time that it was. Therefore, Ostpolitik would have taken a different direction. When one thinks that there were four power negotiations going on with three different back channels operating at the same time, the occasional hysteria of the various participants can be understood. Be that as it may, whatever our contribution in America, Brandt deserves the credit for the vision. And he deserves the credit for one other very intangible thing. When professors write about foreign policy, they have a tendency to be abstract and to list *pros and cons* or to put much empha-

sis on the personal relationship of leaders to each other. The great quality of Brandt was a combination of a prophetic vision and the ability to translate it into human experience. No formal statements could have reassured the rest of the world as much as suggestions like the visit to the Warsaw Ghetto and the commitment that Brandt represented to the kind of human values that had not been associated with a national German policy or much of modern history. It is this quality that contributed to the fact that even though ideologically the leaders of the two countries had different views and were totally different personalities, there has certainly never been a better period in the relationship between Germany and the United States on the issues that mattered.

I mention this, though it had not been my intention, because we're meeting today, the day before America will go to war. There is a gulf between America and Germany that I would say neither Egon nor I would ever have thought possible; I certainly would never have thought it possible under any condition. This is not the day to debate who is right in which argument. There is one American aspect that is not adequately understood in Europe, which analyses the problem in terms of a country – Iraq – rather than in terms of a universal challenge like terrorism. To thoughtful Americans, the problem is the strange combination of private groups operating from the territory of sovereign states in the context of a region from which the terrorists are recruited, financed, and supported. To those Americans, this is not a national problem and it cannot be analyzed in terms of the traditional notions of sovereignty. I believe America had raised the right issue with respect to preemption, that in this world of proliferation and terror, one cannot wait for the event to occur. America has not yet sufficiently analyzed the fact that no nation can claim this right entirely for itself and that, therefore, universal concepts for this new circumstance must be developed. Europe, or those who criticize us in Europe, have not been willing to grant this need to accept a concept of preemption, nor do they feel the sense of emergency that one has to feel in this country so close after an attack on American cities, in which none of the victims would have had the slightest idea that we even had enemies from that region capable of carrying out such an attack.

I do not want to get into a debate, but there is a certain lack of compassion in the current situation, which we find in the quotation that Egon read about the Vietnam War. This is not just a constitutional problem. It is not simply an issue of what the legal basis is, because the United Nations was created on notions of sovereignty, which are themselves challenged by this new situation. Whether the United States' answers are always correct is not a subject we need to discuss now. I, as you know,

basically support the administration. But that is not the purpose of my remarks here. The purpose of my remarks is to see whether it is possible to restore the atmosphere within which the great constructions of Europe and of the postwar world were carried out.

When I was a young professor, I called on President Truman and I asked him what he had done of which he was most proud and he said, "I am most proud of the fact that we totally defeated our enemies and then brought them back to the community of nations as equals." I'd like to think he then said, "Only Americans would have done that." Whether that last sentence is true or not, it was a noble sentiment. So now we are dealing as equals, pursuing our interests, but the essence of alliance has to be that there is a onus of understanding and cooperation that goes beyond a mere calculation of interests. If everything can be calculated on the basis of pure interest, then alliances are technically not necessary.

Now, what that onus is, what unites us now, is something to which we should all give great attention. We must resist two great temptations: the first is to engage in an orgy of recrimination, the second is to pretend that this is just a traffic accident and we can go back to business as usual. The world has changed. We have to define what its meaning is. It would be a tragedy for the West if it could not find new meaning in this period. This cannot be done simply by financial contributions. It requires sustaining the moral dedication that created the relationship in the first place. I have now known every German chancellor since Adenauer and for my generation, the relationship with Europe – and in cases of the special experiences, the relationship with Germany – is symbolic of the meaning of democracy and freedom in our world. I was very touched by what Egon said at the end of his remarks, and I hope the discussions from now on will go beyond legalistic ones and try to recover the spirit which – out of extraordinary ruins, moral and material – created a western community and to which Willy Brandt contributed as much as any other single person. Thank you.